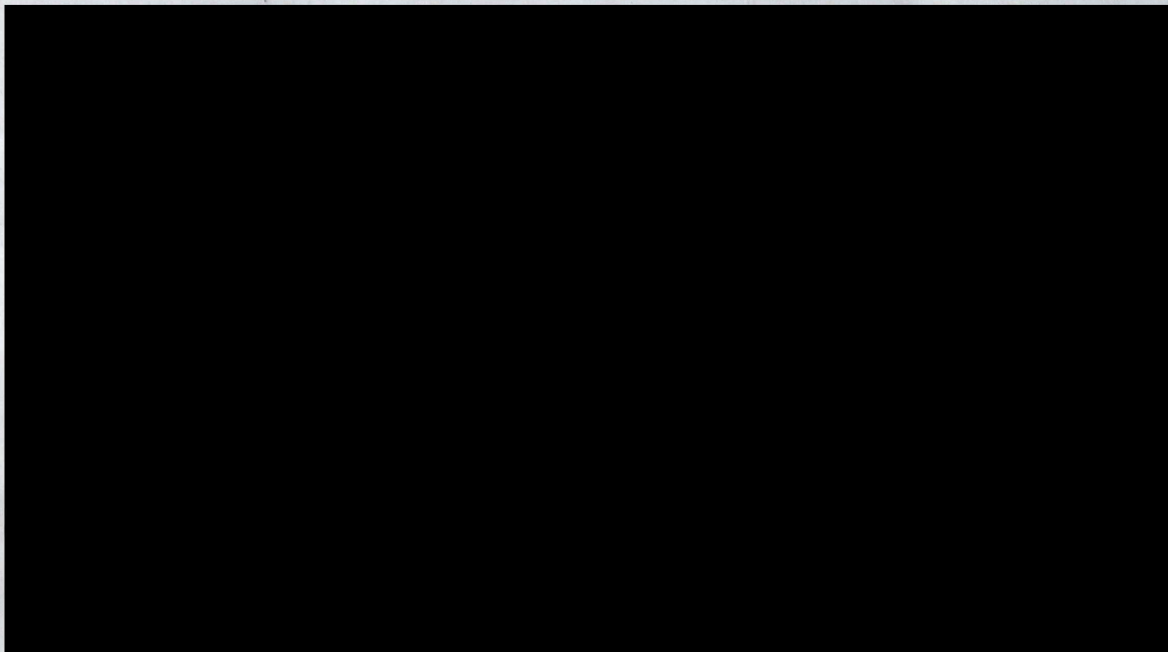


Mission Familie

„Politik betrachtet Familien viel zu oft noch in ideologischen Kontexten“ – Zu den Chancen des Kinderreichtums **VON ROCCO THIEDE**



Der Ungar László Márki (69) ist Präsident der „Europäischen Konföderation Kinderreicher Familien“, ein Zusammenschluss von nationalen und regionalen Verbänden aus 17 Ländern. Der ungarische Verein hat gegenwärtig 13 000 Mitgliedsfamilien. Der Mathematikprofessor sprach mit der „Tagespost“ über die heutige Jugend und ihre Familienvorstellungen, die Europäische Familienkarte, das Kinderwahlrecht und die Rolle der Familienpolitik.

Herr Márki, viele Kinder zu haben – das hat in Ihrer Familie Tradition – oder?

Das kann man so sagen, denn ich komme aus einer Familie mit vier Kindern, habe selbst vier Kinder und meine Frau und ich wir haben mittlerweile 14 Enkelkinder. Jedes meiner Kinder hat selbst eine Großfamilie.

Kamen Sie deshalb auf die Idee, Jugendliche aus 15 Ländern im Alter von 18 bis 30 Jahren im Budapester Parlament über Familienpolitik diskutieren zu lassen?

Familienpolitik ist etwas auf lange Sicht und sollte auch junge Menschen betreffen, die selbst kleine Kinder haben oder die in der Zukunft eine Familie gründen wollen. Besonders die letzte Gruppe wird selten zum Thema Familienpolitik befragt. Wir wollten über die Ländergrenzen hinaus wissen, wie die Jugend und junge Erwachsene über die Zukunft der Familie denken.

Die Jugendlichen mussten sich bewerben, um nach Ungarn eingeladen zu werden. Wie groß war die Resonanz?

Wir hatten viermal so viele Bewerbungen, als Teilnehmerplätze zu diesem dreitägigem Treffen zur Verfügung standen. Einige wollten sehr gern dabei sein und wären sogar bereit gewesen, auf eigene Kosten anzureisen. Leider war das aus organisatorischen Gründen nicht möglich. Aber das zeigte uns doch die Nachfrage und das große Interesse an unserem Vorstoß.

Welche neuen Erkenntnisse brachten aus Ihrer Sicht dieses europäische Jugendwochenende, das eine Föderation von ungarischen Familienverbänden organisierte, und wo auch Ihre Familienministerin Frau Novák viele Stunden lang aktiv mitwirkte?

Ich arbeite seit mehr als 25 Jahren in der Familienbewegung und setze mich besonders für kinderreiche Familien ein, so dass vieles, was hier diskutiert wurde, für mich persön-

lich nicht neu war. Es wurde eindeutig klar, dass diese jungen Menschen wünschen, dass das Leben in den Familien so verlaufen sollte, wie sich das die Familien selbst vorstellen. Mit anderen Worten: Der Staat oder andere Institutionen sollten nicht versuchen, ihre Ideen in die Familien hineinzuprojizieren und ihnen etwas aufzuzwingen. Die Politik betrachtet Familien viel zu oft noch in ideologischen Kontexten.

Dennoch kamen die Jugendlichen, die in Arbeitsgruppen tätig waren, am Ende auch mit konkreten Vorschlägen auf die Veranstaltung zu, wie zum Beispiel der Idee einer Europäischen Familienkarte...

Das ist auch ein Vorschlag, den wir als Konföderation Kinderreicher Familien seit einigen Jahren haben und für dessen Realisierung wir uns einsetzen. Hier wollen wir gerade in Brüssel Kontakt zu Europapolitikern aufnehmen. In manchen Ländern gibt es ja schon diese Karten oder Pässe für Familien, so in Österreich. Dort sind die Leistungen dahinter von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Es geht zum Beispiel um Vergünstigungen in Geschäften, Museen, Theatern oder bei Sportvereinen. Doch diese Karten gelten oft nur in den jeweiligen Staaten oder Regionen. In Ungarn erhalten kinderreiche Familien bei der Bahn oder den Fernbussen 90 Prozent Ermäßigung. Auch der französische oder polnische Staat hält entsprechende Angebote bereit. Vorbildlich sind auf dem Feld besonders Spanien und Portugal, wo die Familienkarte der Großfamilienvereine schon heute in beiden Staaten genutzt werden kann. Das ist ein erster Schritt. Nun liegt es auch an uns, die Gespräche mit Firmen und den verantwortlichen Politikern zu führen, so dass eine Übertragung der Leistungen dieser Familienkarten über nationale Grenzen hinaus möglich wird.

Wie realistisch ist das? Gibt es dafür Vorbilder?

Ja, für Menschen mit Behinderungen gibt es einen europaweit gültigen Ausweis. Das

wäre unser Vorbild: einen Europa-Pass für Familien mit mehreren Kindern verbindlich einzuführen.

Von den jungen Menschen wurde in Budapest auch mehrfach das bestehende Wahlrecht angesprochen und überlegt, welche Möglichkeiten es gibt, dies auf Familien mit mehreren Kindern anzupassen, damit ihre Anliegen mehr Gewicht erhalten. Wie stehen Sie dazu?

Das ist ein wichtiger Vorschlag. Unser Verein in Ungarn hat dies schon im internationalen Jahr der Familie 1994 gefordert. Regelmäßig sprechen wir das Thema bei den politisch Verantwortlichen seitdem an. Auch in Deutschland und Österreich gibt es schon länger Bestrebungen, ein Kinder- bzw. Familienwahlrecht einzuführen und die Verfassungen entsprechend zu ändern. Was viele Menschen gar nicht wissen: In Frankreich wurde ein entsprechender Vorstoß schon nach dem Ersten Weltkrieg beinahe angenommen. Es fehlten damals nur wenige Stimmen im Parlament.

Gegenwärtig gibt es in keinem Land dafür eine Mehrheit. Ist die Umsetzung dieses urdemokratischen Prinzips von „One man one Vote“ – also jeder Mensch hat von Geburt an eine Stimme, die bis zur Volljährigkeit von Kindern auch stellvertretend von den Eltern ausgeübt werden kann, in Zukunft in den europäischen Ländern denkbar?

Der größte Kämpfer für diese Idee in Deutschland war Otto von Habsburg. Ich hatte mit ihm 2001 ein längeres Gespräch dazu. Damals sagte er, es könne sicher 25 Jahre dauern, bis diese Idee greift. Aber auch das Wahlrecht für Frauen, welches heute überall gilt, kam nicht über Nacht und es war ein langer Weg dahin. Heute wird es von niemanden mehr infrage gestellt.

Ungarn wird politisch in deutschen Medien derzeit recht einseitig wahrgenommen. Welche Rolle spielt die Familienpolitik gegenwärtig in Ihrem Land?

Die Politik hier ist im Allgemeinen familienfreundlich, wie es an der Einführung von Steuerentlastungen etwa bei der Einkommenssteuer oder in der Wohnungspolitik nicht nur von kinderreichen Familien sichtbar wurde. Man muss anerkennen, dass die Orbán-Regierung immer betont, dass die Situation von Familien zu den wichtigsten Fragen ihrer Politik gehört, denn die Zukunft des Landes hängt davon ab.



László Márki.

Foto: Thiede

HINTERGRUND

Im Februar dieses Jahres wurden junge Europäer im Alter von 18 bis 30 aus fünfzehn Ländern in die ungarische Hauptstadt eingeladen, um über die Zukunft der Familie in Europa zu diskutieren (die „Tagespost“ berichtete). Höhepunkt des dreitägigen Treffens war ein Tag im ungarischen Parlament, wo sich die Jugendlichen mit Teilnehmern einer Zusammenkunft von Familienverbänden aus Ungarn, Rumänien, Serbien und der Slowakei austauschen konnten. Organisiert war das Treffen von einem Zusammenschluss europäischer Familienverbände.